

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Angenehm-Gedicht für die
einpolige Zeile aus ge-
wöhnlicher Schrift ober-
dem Raum bei einmahl-
ger Einrückung 20 Bz.
bei mehrmaliger, Rebat-
nach Torsil. Bei gerich-
Betreiber u. Konkursen
in der Rabatt-Hinhalts

Bereitete Zeitung
im Oberamtsbezirk

Telegramm-Beleg
Gesellschafter Nagold
Vollstreckkonto:
Gutjahr 5111

erschient an jedem Werk-
tag. Bestellungen nehmen
sämtliche Postämter und
Postboten entgegen

Leserinnen haben vorzuzie-
hen. Preis 10 Pf. monatlich
oder 1.00 Pf. vierteljährlich
oder 3.00 Pf. halbjährlich
oder 5.00 Pf. jährlich
in voraus. Abonnement-
nach Verhältnis

Begründet 1820

Nr. 281

Mittwoch den 3. Dezember 1919

93. Jahrgang

Zum Betriebsrätegesetz.

Von Dr. Fritz Haimes,
Generalsekretär der Deutschen Volkspartei (Tübingen).

Die regierende Sozialdemokratie wendet sich immer wieder gegen eine Durchführung des politischen Käsegesetzes. Das wirtschaftliche Käsegesetz dagegen, durch welches unser Wirtschaftsleben den Betriebs- d. i. Arbeiterräten überantwortet wird, will sie im Betriebsrätegesetz „verankern“. Das ist ein Widerspruch; denn, genau beisehen, hat dieses wirtschaftliche Betriebsrätegesetz seinen Ursprung in rein parteipolitischen Erwägungen. Es ist eine Ausgeburt des Klassenkampfes. Abenthälchen wendet sich die Industrie — wohlverstanden nicht der Kapitalismus — dagegen, daß dieser Regierungsentscheidungs-Gesetz werde, weil die Befürchtung besteht, daß unser ohnehin schwer darniederliegendes Wirtschaftsleben dadurch vollends vernichtet würde. Der Kampf gegen das beabsichtigte Betriebsrätegesetz ist nicht ein Kampf des kapitalistischen Unternehmertums gegen die Arbeitermassen, sondern ein Kampf um Befreiung und Fortbestehen des deutschen Wirtschaftslebens, also ein Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit: des Bürgertums gleichwie der Arbeiterklasse. Deshalb scheint uns einer der Augenblicke gekommen zu sein, wo, wie Stresemann in seiner Programmrede vom 18. Okt. ausgeführt hat, die Politik der verschleierten Diktatur einer Partei „eine Zurückweisung durch das gesamte deutsche Bürgertum ohne Unterschied der Partei“ erfordert. Denn bei allen gegenwärtigen sozialpolitischen und politischen Auffassungen „gibt es doch noch so etwas, wie bürgerliche Ideale gegenüber sozialistischen Idealen“. Eine bürgerliche Mehrheit, unbeschadet der Parteilosstellung, könnte die Auflösung unserer ganzen wirtschaftlichen Ordnung verhindern und damit Deutschland seine Zukunft erhalten!

Das Betriebsrätegesetz ist dabei durchaus nicht in allen seinen Teilen unbedingt von der Hand zu weisen. Es ist nicht einzusehen, warum nicht dem Arbeitnehmer eines Betriebs die Möglichkeit gegeben sein soll, bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse mitzusprechen. Da ist er „der Nächste dazu“. Arbeitsbedingungen, Lohnfragen, das sind für ihn Lebensfragen, und hier kann er als gleichberechtigter Faktor mitreden. Auch auf die Regelung des Wirtschaftsprozesses könnte dem Arbeitnehmer Einfluß zugestanden werden. Aber so, wie die Dinge heute liegen, ist das im Einzelbetrieb ein Ding der Unmöglichkeit. Hier stehen die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hart auf hart. Wenn Arbeiter und Angestellte an der leitenden Regelung der Produktion, im Wirtschaftsleben beteiligt werden sollen — und das ist durchaus wünschenswert — so kann das wohl nur in einer allgemeinen, das ganze Wirtschaftsleben umschließenden Körperschaft möglich gemacht werden: in einem Reichswirtschaftsrat. Damit wäre der berechtigte Kern des Käsegedankens in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt und seines parteipolitischen Charakters entkleidet. Stresemann sagt darüber in seiner Programmrede:

Wir wollen aus dem Klassenkampf heraus zu jenem Wirtschaftsfrieden, der die Grundlage bilden muß für die künftige Weiterentwicklung, wir wollen heraus aus den Streiks, den Ausständen durch eine friedliche Vereinbarung zwischen gleichberechtigten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern in den großen, mächtigen Wirtschaftszweigen, und wir wollen das, was diese Wirtschaftszweige an sozialen Konzeptionen geben müssen, ihnen dadurch erleichtern, daß wir die Wirtschaftsfragen selbst von der Einseitigkeit parteipolitischer Beeinflussung loslösen und in einem Reichswirtschaftsrat, einer Kammer der Arbeit, die mehr sein soll als eine lediglich beratende Behörde, dem Handwerker, dem Landwirt, dem Kaufmann, dem Industriellen, dem Arbeiter und dem Angestellten das große Parlament schaffen, in dem die Wirtschaftsfragen frei von parteipolitischer Leidenschaft von den Menschen entschieden werden, die auf Grund praktischer Erfahrung darüber ein Wort zu sagen haben. Dann wird auch der Arbeiter, der seine sozialen Forderungen erfüllt sieht, ein Verständnis haben für den Wunsch, den die Industrie haben muß, um ihre sozialen Lasten zu tragen.

Also soweit das Betriebsrätegesetz den Gedanken ausdrückt, daß die Interessen und Rechte der Arbeiter und Angestellten in Bezug auf Arbeits- und Lohnverhältnis zum Unternehmer vom Arbeitnehmer auf parteilicher Grundlage vertreten werden sollen, wäre wenig dagegen einzumenden. Und die Frage der Hebung des Interesses der Arbeiter am Betrieb durch irgend eine Form der Gewinnbeteiligung ist ebenfalls durchaus erwünschenswert. Unbedingt aber abzulehnen ist die Abwälzung der Verantwortung auf der Leitung des Betriebs, so wie sie beabsichtigt ist. Denn in dem Gesetz kann nicht zugleich die Gewähr gegeben werden, daß die Rechte der Betriebsräte von verständigen, sach- und fachkundigen Leuten im Interesse des Gesamtbetriebes ausgeübt werden, wodurch allein das Gesetz seine Berechtigung erhalten würde. Durch das vorgesehene Gesetz können Betriebe, die einer verantwortlichen, sach-entsprechenden und die Zusammenhänge vorausschauend überblickenden, mit kaufmännischen oder anderen sachlichen Kenntnissen ausgestatteten Leitung zum geordneten Arbeiten unbedingt bedürfen, in Abhängigkeit von Leuten, die ohne nötige Vorbildung und Einsicht nur die

Arbeitnehmerinteressen, zudem nur soweit sie sie von ihrem — parteipolitischen — Standpunkt im Augenblick übersehen können, vertreten müssen, wenn sie nicht ihren Arbeitkollegen verächtlich erscheinen und von den „zwanzigjährigen Großmännern“ entfernt werden wollen. Bei einseitiger Interessenvertretung (das hat man auch bei Arbeitgebern erlebt!) wird die Leistungsfähigkeit der Betriebe beeinträchtigt, die Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande hintangehalten, bis der einzelne Betrieb und schließlich das gesamte Wirtschaftsleben erliegt. Verteilung von Reichsgeldern, die durch Zwangsmittel (Streik) durchgesetzt werden, ausschlaggebende Mitbestimmung bei Einstellung und Entlassung, die zu politischem Einfluß führt und persönlicher Kontinuität die Wege ebnet, Einbild in die Leitung, Beteiligung am Aufsichtsrat, Kenntnisnahme von den innerlich zusammenhängenden Kredit-, Geschäft- und Produktionsgeheimnissen, deren Bekanntwerden den Tod vieler Unternehmen bedeuten müßte — das sind Forderungen, die sich mit der erfolgreichen Führung eines Betriebs nicht vereinbaren lassen. Jedenfalls solange nicht vereinen lassen, als auf Seiten des Arbeitnehmers das Gefühl für Gemeinwohlbarkeit fehlt, als der Klassenkampf jedes Gemeinwohlinteresses unmöglich macht, da er ohne Rücksicht auf den Betrieb rein egoistisch geführt wird. In dem Augenblick, da die Arbeiterorganisationen das Gemeinwohlinteresse am Betrieb praktisch betätigen, da die Arbeiterklasse an Stelle des Schlagwortes von ihrer geistigen Reife tatsächlich geistige Reife zeigt, müssen die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern große Zugeständnisse machen; dann beginnt freiwillige Gemeinwohlarbeit zum Wohle aller.

Die Ursachen der mangelhaften Kohlenversorgung Süddeutschlands. — Besserung der Kohlenbelieferung?

Man schreibt uns aus dem Ruhrrevier:

Bei Feststellung der durch Streiks angerichteten Schäden wird in der Regel nur der den Ausständigen erwachsene Lohnausfall und der den vom Streik betroffenen Betrieben entstehende Verlust berücksichtigt. Die weiteren mittelbaren Schäden sind indes in der Regel weit höher. Die schwerste das allgemeine Volkswohl durch die vielen von radikalen Elementen gegen den Willen der Verbände aus politischen Gründen angegriffenen Streiks betroffen wurde, zeigen sehr deutlich die getragenen trostlosen Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt, namentlich in den süddeutschen Staaten. Bekanntlich schloß Süddeutschland seinen Winterbedarf in der Hauptsache aus den während der Sommer- und Herbstmonate unter Ausnutzung des in diesen Monaten erfahrungsgemäß günstigen Wasserstandes angefahrenen Vorräten in den Kohlenlagern an Oberberlin. Infolge der Bergarbeiterausstände ist indes, worauf bereits vor kurzem von berufener Stelle in der Presse hingewiesen wurde, der Reichskohlenkommissar in diesem Jahre nicht im Stande gewesen, die erforderlichen Mengen zur Verfügung zu stellen, geschweige denn eine Bevorratung durchzuführen. Da durch Streiks bis Ende April ds. J. ein Förderausfall von annähernd 5 Millionen Tonnen entstanden ist, so hätte durch diese Menge beispielsweise der Jahreserzeugung der süddeutschen Staaten (Wannau, Baden, Werra) und bayrische (Wald) der sich vor dem Krieg auf rund 14 Millionen Tonnen belaufen hat, schon zu einem großen Teil gedeckt werden können.

An Bemühungen, eine bessere Versorgung der süddeutschen Staaten zu erreichen, hat es in den letzten Wochen nicht gefehlt. Allerdings haben der unvorstellbar schlechte Wasserstand des Rheins sowie die Mischlieferungen an die Entente diese Bestrebungen empfindlich gestört. Während der Verkehrsperre, die in erster Linie auf Betreiben der süddeutschen Regierungen zurückzuführen ist, sind nun zahlreiche Kohlentransporte mit der Eisenbahn nach Süddeutschland befördert. Ferner schweben zurzeit Verhandlungen mit dem Kohlenhändler, dem Kohlenfaktor in Rülheim und der Duisburg-Ruhrort-Hafenverwaltung, die darauf hinstreben, die Leistung der Röhre in den Häfen, die in den letzten Wochen nur 14—16000 t betragen hat, in Anbetracht der Besserung des Rheinwasserstandes auf 27—30000 t zu erhöhen. Diese Mehrleistung würde in erheblichem Umfang den süddeutschen Verbrauchern zugute kommen.

Tages-Neuigkeiten.

Der Parteitag der U. S. P.

Leipzig, 1. Dez. Nach dem Geschäftsbericht Dittmanns hat die Partei jetzt etwa 7, Millionen Mitglieder. Seit März sei sie von 300 000 auf über 770 000 gestiegen. Die Zahl der Parteiblätter hat sich seit März auf 55 Tageszeitungen verdoppelt. Eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge meinte der Redner, sei zu erwägen. Eine der vornehmsten Aufgaben der Partei müßte die Bildungsfrage sein. Die sozialistische Internationale sei der Leitstern der Partei in allen politischen Kämpfen des Jahres 1919 gewesen. Redner kritisierte die Politik der Regierung und richtete hinsichtlich der Untersuchungen von Tötungen von Parteigehörigen schwere Vorwürfe gegen die Justizbehörden und betonte schließlich, daß heute die Frage nicht sei, bürgerliche Demokratie oder Diktatur des Proletariats, sondern kapitalistische

Diktatur oder proletarische Diktatur. Die Aussprache drehte sich hauptsächlich um Agitation und Pflege der Volksbildung; aber auch die Frage einer Einigung mit den Mehrheitssozialisten wurde bereits gestreift. Fast alle Redner betonten, daß sie nur auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes möglich sei.

Gegen die Verschleuderung der deutschen Ausfuhr

wendet sich erneut der Reichsverband deutscher Industrieller. In der Schweiz habe die Einfuhr billiger deutscher Möbel bereits Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Die Schweiz wolle zu Einfuhrverboten gegenüber Deutschland schreiten. Die deutsche Industrie kann die Gefahr ausländischer Einfuhrverbote nur dann abwenden, wenn sie sich allenthalben entschließt, ihre Ausfuhrpreise um den hohen Stand der ausländischen Preise hinaufzulegen.

Aus dem Landesbesteuerungs-Gesetz.

Berlin, 1. Dez. Der vom Reichsminister der Finanzen der Nationalversammlung nach Zustimmung des Reichsrats vorgelegte Entwurf eines Landesbesteuerungs-Gesetzes enthält folgende Bestimmungen: Die Länder und Gemeinden sind berechtigt, Steuern nach Landesrecht zu erheben, soweit nicht die Reichsverfassung entgegensteht. Nach § 8 erheben die Länder Steuern vom Ertrag des Grundvermögens und des Gewerbebetriebs. Sie dürfen nur in dem Maße erheben werden, in dessen Gebiet der Grund- und Gebäudebesitz liegt und eine Betriebsstätte unterhalten wird. Als zweite Landessteuer zieht der Entwurf die Vermögenssteuer in den Kreis seiner Vorschriften. Betreffend die Beteiligung der Länder und Gemeinden am Ertrag der Reichssteuer sagt § 15: Durch Reichsgesetz wird bestimmt, ob und in welchem Umfang die Länder einen Anteil an den Einnahmen aus Reichssteuern zu beanspruchen haben. Die Länder werden an dem Ertrag der Reichseinkommensteuer beteiligt und erhalten von den Steuerbeiträgen der Einkommen unter 15 000 Mark einen Anteil von 90 %, bis 25 000 Mark 80 %, bis 50 000 Mark 70 %, bis 100 000 Mark 60 % und bis 150 000 Mark 50 %. Nach § 29 können die Gemeinden beschließen, eine Steuer von demjenigen Mindesteinkommen, die von der Reichseinkommensteuer nicht gefaßt werden, zu erheben, falls dies nicht durch Landesgesetz ausgeschlossen wird. Ferner erhalten die Länder von dem Einkommen aus dem Erbschaftsteuergesetz vom 10. September 1919 20 % und aus dem Einkommen aus dem Grunderwerbsteuergesetz vom 12. September 1919 50 %. Von dem Einkommen der Umsatzsteuer erhalten die Länder 10 %. Der Gesamtbetrag wird auf die Länder nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl verteilt. Die Lastenverteilung regeln die §§ 49 und 52. Wenn das Reich die Länder oder den Gemeinden neue Aufgaben zuweist, so soll die Beteiligung des Reichs an den Kosten gesetzlich geregelt werden. Auch für besondere Kosten, die durch Maßnahmen des Reichs entstehen oder Unternehmungen betreffen, deren Bedeutung sich auf einen größeren Teil des Reichs erstreckt, wird das Reich Zuschüsse leisten. Das Gesetz soll zugleich mit der Reichseinkommensteuer in Kraft treten.

Sowjetrußlands Abkehr vom Kommunismus?

Rotterdam, 2. Dez. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erklärte Wiswinow in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Daily Herald“, Sowjetrußland verfolge keine imperialistischen Ziele. Die Randstaaten würden nicht gezwungen werden, bei Rußland zu bleiben. Auch Schweden sei dem vollkommenen frei. Wiswinow sagte, die Sowjetregierung sei gezwungen, einen Weg zu geben, der zwischen Kapitalismus und Kommunismus liege. Ein vollständiger Kommunismus sei nur möglich, wenn sich die übrigen Länder auf die gleiche Wirtschaftsgrundlage stellen.

Befehls vor der Wiederkehr einer Donaumonarchie.

Vugano, 1. Dez. Corriere della Sera widmet der Möglichkeit einer Wiederaufrichtung der Donaumonarchie besorgte Kommentare. Die Gefahr habe heute den Höhepunkt erreicht, so daß außer dem Brenner und Vojan auch Zetst und Wetz Italien verloren gehen könnte. Fürst Windisch-Graetz habe einem italienischen Journalisten gegenüber von der bevorstehenden Bildung eines germanisch-slavischen Blokes gesprochen, durch den der Einfluß des Verbandes geschwächt oder ausgeschaltet werden könnte.

Thronverzicht des spanischen Thronfolgers.

Madrid, 1. Dez. (Havas.) Das Blatt „El Sol“ teilt mit, daß der spanische Thronfolger Antonio d'Orleans mit einem vom 30. Nov. datierten Schriftstück auf den Titel eines Thronfolgers von Spanien und auf alle mit diesem Titel zusammenhängenden Privilegien verzichtet hat. Mit dem gleichen Dokument verzichtet der Prinz ebenfalls auf die spanische Nationalität und auf alle der königlichen Familie gemeinsamen gehörenden Güter. Das Schriftstück ist von zwei hohen italienischen Persönlichkeiten in ihrer Eigenschaft als Zeugen gegenzeichnet.

Die Thronrede des Königs von Italien.

Rom, 1. Dez. (Stefani.) Unter dem Donner der Kanonen begaben sich der König und die Königin nach dem Monte Citorio zur Eröffnung der neuen Legislaturperiode des Par-



lamentis. Beim Eintritt des Herrscherpaars in den Saal wurde es durch warme Paruse der Senatoren und Abgeordneten, sowie von den Tribünen begrüßt. Die Sozialisten jedoch riefen „Es lebe der Sozialismus!“ und verließen den Saal. Nach dem Namensaufruf der Abgeordneten und der Eidesleistung eröffnete der König das Parlament mit einer Rede, in der er u. a. ausführte: Italien ist aus dem größten Kriege der Geschichte als einer der Sieger hervorgegangen. Italien hat den Krieg als schreckliche Aufgabe für den Triumph der Gerechtigkeit mitgemacht. Sieger und Besiegte haben jetzt das gleiche Bedürfnis der Arbeit, die gleiche Notwendigkeit, die Gemüter zu beschwichtigen. Das gleiche Gefühl der Gnade und menschlichen Tugend soll in jedem Lande herrschen. Durch den Krieg hat Italien seine natürlichen Grenzen erlangt, aber nicht alle Ansprüche Italiens sind überall mit dem gleichen Gerechtigkeitsfuss gewürdigt worden. Die Ansprüche Italiens am Adriatischen Meer verdienen keinen militärischen Hintergrund und haben größtenteils keine wirtschaftliche Grundlage. Die Verteidigung aller Völker italienischer Sprache bildet für Italien eine Pflicht und ein unveräußerliches Recht und verfolgt auf keinen Fall imperialistische Tendenzen. Italien wünscht dem Aufstieg der Volksklassen mit größter Sympathie zu begegnen. Der König hob den außerordentlich herzlichen Charakter hervor, der in den Beziehungen zwischen den alliierten und assoziierten Mächten besteht. In seinen weiteren Darlegungen verbreitete er sich über das Programm der wirtschaftlichen Wiederherstellung durch die Arbeit, die Produktion und durch Ersparnisse. Die Handelsstraßen und die neuen Häfen müßten ausnahmslos erweitert werden. Italien betrachte es immer mehr als seine Aufgabe die Latinität, deren Mutter es sei, zu verteidigen. Für die Bewirkung seines neuen Programms besitze Italien eine unüberwindliche Schutzmacht, die ihm aus dem Siege erwachsen sei. — Die Rede des Königs wurde fast bei jedem Satz durch Beifallstürmungen unterbrochen. Im Namen des Königs erklärte Ritti sodann die 25. Legislaturperiode als eröffnet, worauf das Königspar und die Prinzen den Saal verließen. Im Monte Citorio bemerkte man während der Ansprache des Königs in den Diplomatensalons sämtliche Chefs der alliierten u. assoziierten Missionen.

Die Kommunisten und der Versailler Frieden.

(Völlige Versklavung oder Zerreißung des Schandfriedens). ABC. Die Hamburger „Kommunistische Arbeiterzeitung“ nimmt in einem Aufsatz Stellung zu den neuen Entwürfen der Entente und der Weigerung Frankreichs, die deutschen Kriegsgefangenen freizulassen. Nach den üblichen Ausschüssen gegen die deutsche „sozialdemokratische“ Regierung schreibt das kommunistische Blatt unter anderem:

„Früher, als ihr lieb ist, wird die deutsche Sozialdemokratie durch den Gang der Ereignisse gezwungen, den Nachweis zu führen, daß sie mit dem von ihr abgeschlossenen Versailler Frieden das Todesurteil Deutschlands unterzeichnet hat. Mag sie noch so viele Lügen über die Erträglichkeit der Bedingungen und die Möglichkeit ihrer Abänderungen in die Welt setzen, die Brutalität der Entente zerreißt den Schleier, den die Sozialdemokratie vor den Versailler Frieden gehoben hat und zeigt dem deutschen Volke, daß es nur noch zu wählen hat zwischen völliger Versklavung und Zerreißung des Schandfriedens.“

Verlängerung der Zeichnungssfrist auf die Sparprämienanleihe.

Da infolge der Verkehrsperre die rechtzeitige Weiterleitung des Zeitungsmaterials sich in allen Gegenden Deutschlands verzögert hat, — die Sendungen lagern s. Z. noch auf den Berliner Postämtern, wo sie sich angestaut haben, — ist die Zeichnungssfrist für die deutsche Sparprämienanleihe, bis zum 10. Dez. 1919 verlängert worden. Der Termin für die volle Begleichung der den Zeichnern zugewiesenen Beträge ist infolgedessen ebenfalls hinausgeschoben worden und zwar bis 8. Januar 1920. Obgleich der Zinsenlauf der Sparprämienanleihe 1919 vom 1. Januar

1920 ab beginnt, bedarf es einer Zinsvergütung seitens der Zeichner für die zugewiesenen Beträge nicht, wenn die Vollzahlung bis zum 8. Jan. 1920 geschieht. Für Zahlungen die nach dem 8. Jan. erfolgen sollten, sind 5% Zinsen vom 1. Januar 20, bis zum Zahlungstage zu vergüten. Die Begleichung ist an derselben Stelle zu bewirken, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Generalpardon für Steuerhünder.

Der Nationalversammlung ist im Anschluß an die Verabschiedung der Reichsabgabenordnung ein Antrag des Centr.-Abg. Trimborn auf Erlass eines Gesetzes über die Steuerhünder zugeworfen. Danach soll derjenige, der vor dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung Vermögen oder Einkommen nicht angegeben hat, von der Strafe und der Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer freibleiben, wenn er aus eigenem Antrieb sein Vermögen oder sein Einkommen pflichtgemäß richtig angibt. Die schwersten Vermögensverhältnisse sollen dagegen für diejenigen eintreten, die nach dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung bei der Veranlagung der Reichsabgabe vom Vermögenszuwachs und zum Reichsnotopfer der Steuerbehörde Vermögenswerte pflichtwidrig nicht angibt. Derartige Vermögenswerte sollen, soweit sie sich im Auslande befinden, zugunsten des Reiches verfallen. Für die Beitreibung der dem Reich verfallenen Vermögenswerte soll der Steuerpflichtige mit seinem gesamten Vermögen haften. Dem Vernehmen nach ist in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Annahme dieses Antrages, dem auch die Regierung zugestimmt hat, vorhanden, so daß mit der Verabschiedung des Gesetzes zu rechnen ist.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 1. Dez. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Sämtliche 1162 Malgefangene einschließlich der Kombattanten werden am 3. Dez. abbeordert und treffen etwa am 9. Dez. in Kufstein ein. In der Heimkehrförderung der deutschen Gefangenen in Indien sind laut neuer Mitteilung der englischen Regierung endgültige Anordnungen derart getroffen worden, daß anfangs Dezember der Abtransport beginnt.

Berlin, 1. Dez. Der General der Infanterie a. D. Wilhelm von Ullar, geboren am 22. Dez. 1847 zu Einbeck in Hannover, zuletzt Gouverneur von Ulm, ist gestorben.

Wien, 2. Dez. Generalfeldmarschall von Rodenhausen traf auf der Reise nach Deutschland im Bahnhof Linz ein. Abordnungen des Deutschen Volksbundes und der oberösterreichischen Bauernschaft waren zum Empfang erschienen. Landeshauptmann-Stellv. Langoth hielt eine Begrüßungsansprache, auf die v. Rodenhausen herzlich erwiderte. Nach kurzem Aufenthalt sollte der Jug unter den Mägen des Rades. „Wenn alle unten werden“ nach Passau weiter.

Belgrad, 1. Dez. (Korr. Bur.) Die italienische Regierung hat die südslawische Regierung verständigt, daß sie entsprechend den Weisungen der Friedenskonferenz den Vormarsch d'Annamos gegen Spalato verhindern wolle.

Rotterdam, 2. Dez. Der „Nieuwe Rotterdam Courant“ meldet aus London, daß es in London-Derby gegen die Proklamation der britischen Regierung, wonach die Sinn-Feiner-Organisationen unterdrückt werden, zu einer Meistfindung gelangt sei, auf der das Sinn-Feiner-Mitglied des britischen Parlaments Mac Neill erklärte, das irische Volk verachte ein Gesetz, das sich auf Boykott stütze. Es sei fest entschlossen, nicht zuzulassen, daß die britische Regierung der Polizei gestatte, ihren Stiefel auf den Nacken des irischen Volkes zu setzen.

Madrid, 2. Dez. Das Ministerium hat demissioniert. (Eine Folge des in ganz Anatolien ausgebrochenen Riesenstreiks.)

London, 1. Dez. Ein Telegramm aus Ymuiden an Ploeghs meldet, daß das Schiff „Sana“ auf eine Mine stieß und fünf 6 Mann sind ertrunken.

Paris, 2. Dez. Nach einem Radio-Telegramm aus Rom soll der Papst den Erzbischof von Paris, Amette, beauftragt haben, der franz. Regierung seinen Wunsch nach Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen zu unterbreiten.

Paris, 2. Dez. Nach dem Temps haben in Peking Verhandlungen zwischen der chinesischen Regierung und Vertretern der englischen Regierung stattgefunden, die zur Anerkennung der Autonomie von Tibet geführt haben sollen. Tibet habe jedoch seinerseits die Oberhoheit Chinas anerkannt. Der Temps sagt, daß die Nachricht in Japan große Aufmerksamkeit gefunden habe.

Paris, 2. Dez. Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Nizza telegraphiert, man habe bei Oberst Vermont in Nizza Briefe und Papiere gefunden, die den Beweis lieferten, daß er im Einverständnis mit Koltshaf, Deuffin und Judentich gehandelt habe. Ein Brief des Generals Judentich teilte dem Obersten mit, daß er (Judentich) aus politischen Gründen gezwungen sei, eine Proklamation gegen Vermont zu erlassen, um ihn als Verräter an seinem Lande anzuklagen, daß er aber diese Angelegenheit nicht ernst nehmen solle. Man habe auch Briefe und Papiere gefunden, die bewiesen, daß Deuffin, Koltshaf und Vermont ein gemeinsames militärisches und politisches Programm gehabt hätten.

Bermischtes.

— Ein höfliches Intermezzo hat sich dieser Tage anläßlich einer Hausansammlung zu Gunsten armer Kinder im Erzgebirge in Laibach zwischen einigen Schulkinder zugezogen. Von einem der Spender bestaunt, für welchen Zweck die Sammlung wäre, gab eins der Kinder zur Antwort: „Für die armen — Erzgebirger-Kinder!“

— Heimkehrende Deserteure. Das badische Ministerium des Innern hat an die süddeutschen Regierungen ein Fiskuslathreiben betr. die Entgegennahme der vorläufiglich aus der Schweiz eintreffenden Deserteure gerichtet. Diese werden nämlich von der schweizerischen Regierung nach und nach von der Schweiz ausgewiesen. Ihre Zahl beträgt nach der letzten Statistik 4300.

— Die Ironie der Valuta. Eine Schweizer Firma schickt an ihren Geschäftsfreund in Deutschland einen Brief, der statt mit 25 Centimes nur mit 5 Centimes frankiert ist. Der deutsche Empfänger zahlt das volle Straßporto mit 60 Pfennig, findet aber in dem Brief einen Schein von einer Mark vor; er verdient also immer noch 40 Pfa. Der Schweizer hat 20 Centimes an Porto gefordert, dafür aber den Markschein für den jetzigen Kurs von 13 Centimes gekauft. Ihm bleiben noch 7 Centimes übrig und die Post kommt schließlich auch zu ihrem Geld!

— Die Gewerkschaften zur Bodenfrage. Zur Bodenfrage hat der diesjährige Kongress der heute rund 6 Millionen umfassen den Gewerkschaften in Nürnberg folgende Entschlüsse gefaßt:

Der 10. deutsche Gewerkschaftskongress ersucht die deutsche Reichsregierung, schleunigst ein Lotgesetz zu erlassen, das jeden Kauf, Verkauf und Verpachtung von Grund u. Boden zu Spekulationszwecken verbietet. Die während des Krieges vorgenommenen Verkäufe und Verpachtungen sind nachzuprüfen und die über den normalen Wert erzielten Kauf- und Pachtsummen einzuziehen. Werden Verkäufe von Grund und Boden durch den Tod des bisherigen Eigentümers notwendig, so hat auf alle Fälle die Gemeinde das Vorkaufsrecht zu besitzen, die von einer Sachverständigenkommission die der Gemeinderat ernannt, festgestellt werden.“

— Die Stadträtin mit dem Strumpf. Aus der Münchener Stadtratsitzung berichtet die „M. Jg.“: „Langsam, aber unaufhörlich plätschert der Redequell im Stadtrat. Von 9 Uhr früh bis 4 Uhr mittags. Ein Stündchen nur weniger, als es der normale Arbeitstag will. Stadtväter und Stadtmütter unterhalten sich, gehen ein und aus, schreiben, wenn ihn oder sie nicht der Gegenstand der Tagesordnung oder das oft gerüttelte Stedenpferd zum Reden zwingt. Nicht immer kann die „Öffentlichkeit“ droben auf der Tribüne der Reden Weisheit folgen. Zur Abwechslung und zur Erholung geht der Blid einmal spazieren durch den Saal. Man kreist die Augen zusammen, um besser hinschauen zu können. Bewegen sich da nicht Nadeln? Fiebt der Finger der Rechten nicht eben den Faden der Wolle nach? Die Stadträtin strickt. Ist der Strumpf blau? Es läßt sich nicht erkennen im Zwielicht des Tages und der elektrischen Birnen. Jetzt legt die

Durch enge Gassen.

Original-Roman von Käthe Lubowsky.

62) (Kadstrand verboten.)

Es war schon alles weiß und tot; aber die Luft ging hier doch frischer wie brinnen in dem Häusermeer. Mit gefenkten Augen wollte sie einen Straßenübergang nehmen, gerade, als eine Cavapage heranrollte. Sie meinte, noch bequem die andere Seite zu gewinnen.

Aber der Antiker mußte die Vollblätter doch hart vor ihr schieben, damit kein Unheil geschähe. Unwillkürlich streiften ihre Blicke die Insassen.

Was Dorothea und Johannes Steinbock... und in ihrer Mitte der Knabe...

Als Peter Röhrelein am nächsten Morgen ihren Brief empfing, nickte er befricbtigt.

Es war ja auch gar nicht anders zu erwarten gewesen.

Daß sie darin verdammt kurz angebunden war, schobet nichts. Ihre Sellen: „Ich werde mitgehen. Teilen Sie mir baldigst alles Nähere mit“ genügt völlig.

Es war alles zur Abreise fertig.

Helga Selimanns kleine, feine, so fröhliche Wohnung sah fast und lde aus. Die Polstermöbel waren abgeholt, damit kein Notenschaden entstand.

Sie stand am Fenster und sah auf den Gocherpark hinunter. Es lang kein Vogel mehr auf den kahlen Zweigen der dürftigen Anlage... und die Kinder fehlten auch bei dem idarven Dünwind.

Unsonst verachtete sie sich die Schändeliten, denen sie entgegenlehte, auszusuchen.

Die kraftlosen, entblätternen Bäumchen da unten, die brandroten, festen Nocken des Eibgenaus erschienen ihr unerschöpflich herrlich. Noch einmal überwalligte sie alles

Woh — weinte sie bitterlich vor ihr zerronnenes Glück und erkannte klar, daß sie — würde und zerbrachen von stummer Hoffnungslosigkeit selge aus der Heimat fliehe. Da schrie sie die Hinglocke.

Ein Glubrief wurde für sie abgegeben. Das kam jetzt beinahe täglich vor. Ihr zukünftiger Schicksal liehte diese Art der Briefbeförderung. Ohne auf die Handchrift zu achten, riß sie den Umschlag auf. Zwei Briefe glitten ihr entgegen...

Träumte sie denn?

Sie las noch einmal. Suerst die Sellen von unbekannter Hand:

Mein lieber Junge!

Kun ist es soweit, daß ich von dieser bösen, schänden Welt abtreten muß. Ich hätte noch gern ein Weichen geleht — aber ich bin willig, weil ich mein Ziel erreichen durfte.

Das Ziel, Dir alles zu vergelten... alles, alles!

Für Dich habe ich gearbeitet, Johannes. Nicht für mich, wie ehedem. Wäre es so gewesen, hätte ich wieder woghaltig — alles Gute und Sichere verdoeben. Nun aber war ich vorchtig. Damit zwang ich das Glück.

Einer, der an mich glaubte, gab mir reichliche Mittel, damit ich meine neueste Erfindung allein ausnutzen konnte. Dies Dir die beigefügten Prospekte durch, damit Du weißt, worin sie bestand.

Sie machte mich endlich zum reichen Mann, wenigstens nach deutschem Begriff. — Aber ich mochte Dir nichts von alledem schreiben. Im nächsten Sommer wollte ich hinüber, um Dich zu suchen und Deine Freude mit eigenen Augen zu sehen.

Das soll mir nicht vergönnt sein. Ich muß sterben. Die ersten Jahre hier waren zu hart. Der seche, geschwächte Körper kann das Glück nicht mehr ertragen. Der Arzt meint, daß es nur noch wenige Wochen mit mir dauern kann. — Darum habe ich meine Fabrik verkauft und all mein Geld bis auf das wenige, was ich noch für mich brauche, zur Quittschrift für Dich, dessen Adresse ich ja nicht kenne, der Reichsbank in Berlin

überreichte. Ich denke, es muß schon in den nächsten Tagen dort eintreffen. Es sind nach deutschem Gelde etwa 30000 Mark. Von ein Subaus für elternlose Jungen, von dem Du einst träumtest — hau Dir Dein eigenes Glück. Kurz — ich es Dir zum Segen werden. Aber gehe auch auf das Grab Deines Vaters, meines guten, unerschlichen Bruders — und sage es ihm, mein Junge!

Dein treuer Onkel Gotthold Steinbock.

Dann die anderen... Wie oft hatte sie doch im Wachen und Träumen seine Handchrift vor sich gehabt. Kleine Bettelchen, auf denen er kurze Notizen gemacht... Streifen, auf denen er sie um irgendein Buch — eine Auskunft gebeten... alles hatte sie aufbewahrt...

Sie faltete die Hände, während sie jetzt las:

Meine Helga!

Der Brief meines Onkels, der mir nach langer Irrfahrt soeben zugeht, gibt mir das Recht, Dich heute so zu nennen. Heute und immer.

Denn vor mir habe ich Dich niemals anders genannt.

Gib mir die Antwort, die Du mir geben mußt... Johannes Steinbock.

Einen Augenblick wachte sie, das Glück müßte sie zerbrechen. Bald aber spürte sie eine Kraft in sich, vor der sie selbst erschraf. Ihre Feder lag über das Papier. Es währte kaum länger als eine Minute. Sie wachte ihm nicht weiteres zu schreiben, als das eine Wort:

Roume...

Dann breitete sie in jubelnder, demütiger Seligkeit beide Arme weit nach ihm und war zu dem Flug nach seiner großen, letzten Sonnenstrasse, fernab von ihren engen Gassen, reiflos bereit...

— Ende —

Stadtmutter d... erinnert, hin... auch wahren... ordnung. S... ihre Ausfüh... streid weiter.

* Post... um die vor... für die P... nicht me... Abholung... dungen auf... nahmapater... freit weiter... Teiles der... Teil als ver...

* Ein... mittelt. hat... Lehrgang u... fälliger Erb... aus dem ga... Hochschüler... gangs wick... Mitglied de... Die jungen... Benjamen u... Unterricht u... derung der... Bedürfnis... fligung ge... junger deut... vollen Beitr... Begabten i... Lehre bereit... wird ein ab... angeschlosse...

* Ein... und dort d... kamentieren... heuer in se... Wunsch la... Denn er l... um seine l... staatlichen... kann er d... für ihn ge... anteile zu... Anleihen... Staat ist... des Reichs...

Bieha... an Belg... Vereinbarr... machungel... von Deutl... Hegen au... fleischst... Schule un... Hühner u... Wirtentb... Stiid, an... und an H...

* Der... versorgung... preise ein... Erzeuger... nicht über... Söldnen l... preis auf... iter echd... einen Ant... stelle die... Wirtschaft...

M... r St... läßt im... den Zus... sehr. Un... leit wicd... fordert... o verliert... Staatsan... Aufforder...

r S... n. Bege... 72 Jahre... Herr... ist die P... Sätze her... r R... die Obe... Reutling... sind je... im Rom... Kessler... inspektor... und Res...

r L... laufen... 113848... hieb et... 135000... Die Ge... läufigen... das Sch...



Stadtmutter die Arbeit, die an Häuslichkeit und Raffinesse...
Chicago...
Chicago...
Chicago...

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 3. Dezember 1919.

Postalisches. Seit 1. Dez. gestalten die Postanstalten, um die vorgekommenen Mißbräuche bei postlagernden Paketen für die Zukunft zu verhüten, eine ungehörliche Lagerung nicht mehr. Wer sich innerhalb der zulässigen Lagerfrist zur Abholung einfindet, hat künftig alle für ihn lagernden Sendungen auf einmal in Empfang zu nehmen. Nur bei Rücknahmepaketen bleibt dem Empfänger die siebenstägige Lagerfrist weiter gewährt. Lehnt er die Empfangnahme eines Teiles der lagernden Sendungen ab, so wird der abgelehnte Teil als verweigert gemäß der Postordnung weiterbehandelt.

Ein Kurs für Begabte. Wie der „Staatsanzeiger“ mitteilt, hat die Unterrichtsverwaltung in Stuttgart einen Lehrgang mit 16 Teilnehmern eröffnet, die auf Grund sorgfältiger Erhebungen aus dem Kreis ehemaliger Volksschüler aus dem ganzen Lande ausgewählt worden sind und bis zur Hochschulreife geführt werden sollen. Die Dauer des Lehrgangs wird 4 bis 5 Jahre betragen, die Leitung hat ein Mitglied der Ministerialabteilung für die höheren Schulen. Die jungen Leute erhalten in Stuttgarter Familien und Pensionen Unterkunft auf Kosten des Staates, der auch für Unterricht und Lernmittel aufkommt. Der Verein zur Förderung der Begabten hat zur Bestreitung der persönlichen Bedürfnisse der Jülinge eine namhafte Summe zur Verfügung gestellt. Dieser Versuch zur Förderung begabter junger Leute ist ein einzigartiger neuer Weg, der einen wertvollen Beitrag zur Lösung des Problems der Förderung der Begabten liefert. Die Jülinge haben ihre praktische Lehre bereits hinter sich. In den Berliner Begabtenkolonien wird ein ähnlicher Lehrgang unmittelbar an die Volksschule angeschlossen.

Einkommensteuer und Kriegsanzleihe. Es ist da und dort der Wunsch geäußert worden, man möge den Einkommensteuerpflichtigen gestatten, die staatliche Einkommensteuer in selbstgezeichneten Kriegsanzleihen abzurufen. Diesen Wunsch kann, lt. Staatskanz, der württ. Staat nicht erfüllen. Denn er braucht die Einnahmen an Landessteuern dazu, um seine laufenden Ausgaben, insbesondere die Bezüge der staatlichen Beamten und Angestellten, zu bezahlen. Dazu kann er die Kriegsanzleihe nicht heranziehen. Ebenfalls ist für ihn gegenwärtig etwa an eine Kapitalanlage in Kriegsanzleihen zu denken; der Staat ist ja heute genötigt, selber Anleihen aufzunehmen zu müssen. Der württembergische Staat ist daher nicht in der Lage, irgendwelche Kriegsanzleihen des Reichs in Zahlung zu nehmen.

Viehablieferung. Anstelle der nach dem Friedensvertrag an Belgien zu liefernden 15.000 Ferkel sind durch Vereinbarung mit dem Organisationskomitee der Wiedergutmachungskommission außer den bereits angeforderten Tieren von Deutschland weiter zu liefern: 15.000 Schafe, 10.000 Hennen und 35.000 Hühner. Nach der Umlage der Reichsfleischstelle entfallen auf Württemberg hiervon weitere: 772 Schafe und 8 Bode, 980 Hennen und 20 Hühnerbode, 1509 Hühner und 151 Gähne, so daß die Gesamtanforderung für Württemberg an Schafen und Schafböden zusammen 7087 Stück, an Hennen und Hühnerböden zusammen 1894 Stück und an Hühnern und Gähnen 1660 Stück ausmacht.

Der Rostpreis. Nach einer Verfügung der Landesversorgungsstelle dürfen beim Abzug von Obstmoß die Höchstpreise einschließlich Steuer von 50 Pfg. für das Liter als Erzeugerpreis und 80 Pfg. für das Liter als Ausschankpreis nicht überschritten werden. Nur in den großen und mittleren Städten kann durch gemeindefälligen Beschluß der Erzeugerpreis auf 60 Pfg., der Ausschankpreis auf 1 M. für das Liter erhöht werden. In den übrigen Gemeinden kann durch einen Antrag des Gemeinderats an die Landesversorgungsstelle die Erhöhung ebenfalls bewilligt werden. In den Wirtschaftsräumen müssen die Rostpreise angehängt werden.

Aus dem übrigen Württemberg.

Aufruf an die Württemberger im Baltikum.

Stuttgart, 1. Dez. Das Ministerium des Innern erläßt im heutigen Staatsanzeiger an die Württemberger unter den Gruppen im Baltikum einen Aufruf zur sofortigen Rückkehr. Unter Androhung des Verlustes der Staatsangehörigkeit wird zum Austritt aus den russischen Diensten aufgefordert. Gehört der Betreffende mehreren Bundesstaaten an, so verliert er durch den Beschluß der Reichsregierung die Staatsangehörigkeit in allen Bundesstaaten, wenn er der Aufforderung nicht Folge leistet.

Stuttgart, 1. Dez. Der Obergeneralarzt a. D. Dr. v. Weggelin ist in einem diesigen Krankenhaus im Alter von 72 Jahren gestorben.

Herrenberg, 2. Dez. Den Beamten und Unterbeamten ist die Beschaffungszulage in Höhe von 50% der staatlichen Löhne bewilligt worden.

Rottenburg, 1. Dez. Am 8. Dezember findet hier für die Oberämter Rottenburg, Horb, Haigerloch, Tübingen, Reutlingen, Ulm u. a. ein Katholikentag statt. Borgelesen sind je zwei Parallelveranstaltungen in der Turnhalle und im Römischen Kaiser, in denen sprechen werden: Bischof Dr. Keppeler, Justizminister Holz, Bad. Staatsrat Köhler, Schulinspektor Halber, Seminaroberlehrer Bundschuh-Rottenburg und Reptent Dr. Unter-Tübingen.

Leonberg, 1. Dez. Der städt. Haushalt zeigt für das laufende Jahr ein glänzendes Bild, trotz des Abmangels von 113.848 M. (im Vorjahr: 76.534 M.). Der heutige Holzpreis erbrachte nämlich 376.000 M. Einnahmen, wovon 135.000 M. auf das kommende Etatsjahr überdrückt werden. Die Gemeindeumlage wird von 11 auf 10 Proz. herabgesetzt, die Gemeindeeinkommensteuer mit 85 Prozent (statt der zulässigen 100 Prozent) erhoben. Ab 1. April 1920 kommt auch das Schulgeld für die Volksschule in Wegfall.

Jahlingen Oß. Rünningen, 2. Dez. Ein 13½-jähriger Schüler hat einen anderen, oberschreiben zu dürfen. Dieser erklärte, wenn er nicht vor sich hinsehe, stehe er ihm das Messer in den Leib. Kaum gesagt, stach er den Mitschüler in Anwesenheit des Lehrers während des Unterrichts tief in den Rücken, so daß die Lunge schwer verletzt wurde. Wenn nicht sofort der Lehrer und seine Frau helfend beigesprungen wären, so wäre eine Verblutung eingetreten. Der Verletzte liegt schwer krank darnieder. Der Täter zeigt nicht die geringste Reue.

Familiennachrichten.

Auswärtige.

Bestorben: Anna Maria Schminogel Matres Witwe, 87 Jahre, Rottenburg; Maria Kath. Beuter, 41 Jahre, Dittlingen.

Briefkasten.

An unsere Leserinnen, Leses und Mitarbeiter richten wir die Bitte alle Ortsneuigkeiten sofort der Schriftleitung mitzuteilen. Wichtig ist gegenwärtig besonders die Heimkehr der Kriegsgefangenen. Auch sind weitere Mitarbeiter oder gelegentliche Einsendungen herzlich willkommen. Auslagen werden gerne vergütet. Bekanntlich sind die Postnachrichten von der Leserschaft am meisten begehrt und die Einsender unterstützen durch ihre Arbeit nicht nur die Zeitung, sondern machen ihren Mitbürgern Freude.

Legte Nachrichten.

Das Reichskabinett und die neuen Ententeforderungen.

Berlin, 2. Dez. Die Beratungen des Reichskabinetts über die neuen Forderungen der Entente haben auch den ganzen gestrigen Tag fortgedauert. Nach Pariser Meldungen werden zwei neue Noten der Alliierten an Deutschland gehen. Herr v. Simson kehrt nicht wieder nach Paris zurück.

Madensens Ankunft in Kassel.

Kassel, 2. Dez. Gestern Abend traf Generalfeldmarschall von Madensens zum vorläufigen dauernden Aufenthalt in Kassel ein. In Kassel ist seit Anfang dieses Jahres die Abwicklungsstelle seiner Armee.

Eine neue Friedenskonferenz ohne Amerika?

Koblenz, 2. Dez. Nach einer Meldung der Zeitung „Amator“ haben Frankreich, England und Italien beschlossen, eine neue Friedenskonferenz auf Mitte Januar einzuberufen. Die Vereinigten Staaten werden nicht vertreten sein. Es sollen die türkische und russische Frage und später verschiedene andere Dinge, die noch nicht erledigt werden konnten, beraten werden.

Wilde Gerüchte über die Ereignisse in Italien.

Rotterdam, 2. Dez. Nach aus Paris vorliegenden Meldungen laufen dort die wildsten Gerüchte über die Ereignisse in Italien um. Schon seit Samstag ist der telegraphische Verkehr zwischen Frankreich und Italien unterbrochen. Der italienische Botschafter erklärte zwar diese Gerüchte als grundlos, aber in der Tat hat er selbst keine Nachrichten. Man spricht von einer Volkserhebung und einer Entthronung des Königs usw. Montag Abend wurde aus Amsterdam gemeldet, daß diese Pariser Gerüchte einen sehr schlechten Eindruck auf die letzten Kurse hätten. Diese senkten sich wie folgt: Das englische Pfund um 32 Cents, der Franc um 80, der Schweizer um 37 Cents. Selbst der amerikanische Dollar soll um 2 Cents gefallen sein.

Unsere Ernährungslage.

Berlin, 3. Dez. Aus Dresden wird dem Vol. Anz. berichtet, der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz habe der Presse mitgeteilt, daß die Broterzeugung Deutschlands bis über den März nächsten Jahres hinaus gesichert sei, die Fleisch- und Fettversorgung mindestens bis Ende Februar, die Kartoffelversorgung bis in die zweite Hälfte des Frühjahres hinein. Ferner habe er mitgeteilt, daß eine großstädtige Bekämpfung des Schieberlums in Sachsen in die Wege geleitet worden sei.

Ein Appell des Prinzen Max an England.

Berlin, 3. Dez. Prinz Max von Baden richtete einen offenen Brief an den Erzbischof von Amberburg, in dem er seine Hilfe für die deutschen Gefangenen erbittet und an die englischen Soldaten appelliert, die aus der deutschen Gefangenschaft zurückgeführt sind.

Zum Anschluß Koburgs an Bayern.

München, 3. Dez. Ministerpräsident Hoffmann drehte an Staatsrat Klingler in Koburg: Die bayerische Regierung und das bayerische Volk begrüßen die mit Überwältigung der Mehrheit erfolgte Willensänderung des Koburger Landes und heißen die neuen Volksgenossen herzlich willkommen.

Französische Gefangene noch in deutschen Gefängnissen?

Paris, 3. Dez. (Govas.) Der „Homme libre“ verlangt Genehmigung für die Freilassung der französischen Soldaten in den Gefängnissen von Königsberg und Danzig. Das Blatt hält es für notwendig, daß Nachforschungen darüber angestellt werden, ob nicht noch an anderen Orten französische Gefangene zurückgehalten werden, da durch diese Umstände zahlreiche franz. Familien sich in großer Erwartung befinden. Es solle eine rasche Untersuchung von der deutschen Regierung gegen die für diese Vorkommnisse verantwortlichen Stellen gefordert werden. („Homme libre“ ist das Blatt Clemenceaus. Wie es doch auf einmal sein Herz entdeckt, wo es sich um ein paar Franzosen handelt. Sollte das Schicksal von hunderttausenden deutschen Soldaten u. der bange Kummer ihrer Angehörigen nicht auch Genehmigung fordern? D. S.)

Eine Kapitalertragssteuer.

Berlin, 3. Dez. Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Kapitalertrags-Steuergesetzes zugegangen. Nach dem Entwurf wird von Erträgen aus Kapitalvermögen eine Reichssteuer erhoben. Steuerpflichtig sind die Erträge aus inländischen wie aus ausländischen Kapitalanlagen. Da die Steuer eine Ertragssteuer ist, kommen Abzüge für Schuldzinsen oder Werbungskosten in Betracht. Nur von Erträgen aus Auslandskapitalanlagen dürfen die Auslandssteuern abgezogen werden. Die Steuer beträgt 10

Prozent, bei kleinen Rentnern werden unter gewissen Bedingungen die Kapitalsteuern zu 1/2 auf die Einkommensteuer angerechnet. Das Gesetz soll am 1. März 1920 in Kraft treten.

Generalfreik in Italien.

Rom, 3. Dez. Infolge einiger kleiner Zwischenfälle, die sich am Montag Abend in Rom ereigneten, wurde in Rom, Mailand und Florenz der Generalfreik erklärt. Der Streik war bis gestern nachmittag allgemein. Der Ausstand gab in den drei genannten Städten Anlaß zu patriotischen Kundgebungen. Ueberall bildeten sich Umzüge, wobei Hochrufe auf Italien und den König ausgebracht wurden. Um Störungen zu vermeiden, hat die Polizei die Umzüge schließlich verboten. Zwischenfälle waren bis gestern Abend nicht gemeldet. Nur in Mailand wurden im Verlauf eines Zusammenstoßes zwei Manifestanten getötet und zahlreiche Verletzte.

Rom, 5. Dez. Der Streik dauert ohne Zwischenfälle fort. Da die Typographen sich der Bewegung angeschlossen haben, sind die Zeitungen gestern Abend und heute früh nicht erschienen.



In Nagold zu haben beim
Elektrizitätswerk C. Klingler's Erben, Inh. C. Wohlbold.

Mittelmäßiges Wetter am Donnerstag und Freitag.
Mäßig kalt, mehrfach bedeckt, Niederschläge.

Für die Beschreibung verantwortlich: Frau Helene Müller, Nagold.
Verlag: Verlag der G. B. Jäger'schen Buchdruckerei (Karl Jäger) Nagold.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung des Ministeriums des Innern
über Verlegung der Wohnungsabteilung des
Ministeriums des Innern.

Die Wohnungsabteilung des Ministeriums des Innern wird vom 1. Dezember 1919 ab im Hause Reinsburgstraße 37 untergebracht sein. Von diesem Tage an sollten zur Vermeidung von Verzögerungen Zuschriften an das Ministerium des Innern in Wohnungssachen durchweg unter der Aufsicht des Ministeriums des Innern, Wohnungsabteilung, Stuttgart, Reinsburgstraße 37, abgehandelt werden. Für Ferngespräche mit der Wohnungsabteilung steht die Fernsprechnummer 9113 zur Verfügung. 2347
Stuttgart, den 28. Nov. In Vertretung:
Haag.

Kurse für Steinbild- und Grabsteinhauer.

Näheres siehe Bekanntmachung vom 19. 11. 1919 —
Gewerbeblatt Nr. 48 — 2336
Nagold, 1. Dezember 1919. Oberamt: Nünz.

Oberamt Nagold.

Die Handelskammerwahlen.

Am Januar 1920 ist die Neuwahl für die im Jahr 1914 gewählten und für die im Jahr 1917 auf 3 Jahre gewählten Mitglieder der Handelskammern vorzunehmen.

Die vom Oberamt geprüften und richtig gestellten Wählerlisten der Abstammungsbezirke Nagold, Altensteig-Stadt und Wildberg sind vom 4. bis 13. Dezember 1919 je einschließlich auf den Rathhäusern in Nagold, Altensteig-Stadt und Wildberg zu jedermanns Einsicht aufgelegt.

Einsprüche gegen die Wählerlisten wegen Aufnahme unberechtigter oder Uebergewinn berechtigter Personen sind binnen der Ausschlußfrist von einer Woche nach Beginn der Auflegung unter Beifügung der erforderlichen Bescheinigung beim Oberamt vorzubringen.

Zur Teilnahme an der Wahl sind nur die in den Listen eingetragenen Personen berechtigt. Den oben genannten Abstammungsbezirken sind die Gemeinden in folgender Weise zugeteilt:

1. Nagold:

Nagold, Eshausen, Emmingen, Haiterbach, Heilsbrunn, Mündersbach, Oberschwandorf, Oberthalheim, Rohrdorf, Schietingen, Unterschwandorf und Untertalheim.

2. Altensteig-Stadt:

Altensteig-Stadt, Altensteig-Dorf, Heisingen, Bernsdorf, Beuren, Bisingen, Obersharb, Egenhausen, Enzthal, Etmannsdorf, Finsbrunn, Garmweiler, Gengenwald, Stammersfeld, Spielberg, Ueberberg, Waldorf und Wart.

3. Wildberg:

Wildberg, Effringen, Güttingen, Otrondorf, Rofelden, Schönbrunn, Sulz und Wenden. 2352
Den 2. Dezember 1919. R L n z.



Oberamt Nagold.
Am Samstag den 13. Dezember ds. J., vormittags
9 Uhr findet auf dem hiesigen Rathaus eine
Ratsversammlung

statt.
Nach der bestehenden Reihenfolge sind stimmberechtigt
die Gemeinden:

Nagold mit 7 Stimmen, Altensteig-Stadt mit 6 Stimmen,
Behringen, Eghausen, Egenhausen, Enzthal, Gillingen,
Haiterbach, Oberschwandorf, Rohrdorf, Rosfelden, Schön-
brunn, Stimmersfeld, Spielberg, Sulz, Ueberberg, Unter-
talheim, Wart und Wildberg mit je 1 Stimme.

Die nach der Reihenfolge diesmal nicht stimmberechtigten
Abgeordneten sind befugt, an den Verhandlungen mit be-
sonderer Stimme teilzunehmen, ebenso die ordentlichen Mit-
glieder des Bezirksrats, die nicht aus der Mitte der Rats-
versammlung gewählt sind.

Die Tagesordnung wird den zur Teilnahme an der
Ratsversammlung Berechtigten zugehen. 2354
Den 2. Dezember 1919. Oberamtmann Münz.



la. Speiseöl

zu Mk. 28 das Kilo ist ein-
getroffen und wird marken-
frei abgegeben bei: 2363
Berg & Schmid, Heller,
Keppler, Knobel, Lang,
Kaufer Wilhe. Schmid Fr.,
Schnon We. u. Strenger.
Außerdem wird

beßtes Schweineschmalz
ebenfalls markenfrei zu Mk.
13 das Pfund bei Gauß
Kond. und Fr. Schmid ab-
gegeben.
Nagold, 2. 12. 19.
Stadtschulth.-Amt.

Oberamtsstadt Nagold.
Ausnahmen von der Sonntagsruhe.

Zur Abwicklung der Weihnachtsgeschäfte dürfen an den
nächsten 3 Sonntagen je von 11-3 Uhr mittags sämtliche
Läden und Verkaufsstellen in der Stadt offen gehalten
werden. 2351
Den 2. Dez. 1919.

Stadtschultheißenamt: Maier.

Meisterkurs.

Der hiesige Gewerbeverein wird hier wieder einen
Vorbereitungskurs
für die nächsten Meisterprüfungen in Reutlingen abhalten.
Anmeldungen sofort bei Mittelschullehrer Sandier, von
dem weiteres zu erfahren ist. 2365

Meine Nagold. 2361

Spielwaren-Ausstellung
ist eröffnet

und bietet dieses Jahr durch frühzeitigen Einkauf
reichhaltigste Auswahl zu vorteilhaften Preisen.

Puppen und Puppenartikel, Spiele
Kaufläden, Küchen, Puppenzimmer und Einrichtungen.

Christbaumschmuck.

Carl Pflomm.



Anlässlich unseres 25jährigen Ehejubiläums sind uns
aus Rath und Herrn herzgl. Glück- und Segenswünsche zuge-
gangen. Dafür sagen wir allen

Herzlichen Dank!

Insbesondere danken wir dem Herrn Pfarrer für die
schöne Ansprache nach dem Festgottesdienst, dem Herrn Lehrer
und den Schülern für den Gesang; ferner danken wir allen
für die zahlreichen Geschenke und endlich allen denen, die
uns im Gasthaus zum „Löwen“ einen so gemüthlichen Abend
bereiteten.

Unterschwandorf, den 2. Dez. 1919. 2360

Johs. Brenner und Frau
Christiana geb. Walz.

Zur Verhütung von Einbruch und Diebstahl in Ge-
schäftsräumen und Wohnungen empfehle ich die

pat. Alarm-Türsicherung Ce-Fa-Te.

Dem gleichen Zweck der Wohnungssicherung dienlich,
doch billiger und einfacher in der Anwendung ist die selbst-
tätig alarmierende

Sicherheitsglocke „Diebesschreck.“

Verhindert jeden Einbrecher. Ist zu Hause und auf
der Reise im Hotelzimmer zu verwenden, da sie für jede Tür
paßt und immer gebräuchlich ist. Beide Apparate sind
vorrätig bei

Gottlob Rähle, Schlossermeister, Nagold.

Geschäfts-Empfehlung.

Der Bevölkerung von Wildberg u. Umgebung zur Kennt-
nis, daß ich mich als

Polsterer u. Tapeziermeister

hier niedergelassen habe und empfehle mich
im Aufträgen und Ausfertigen von
Matrassen, Bettmöbeln, Sofas,
Lehnstühlen :: Zimmer tapezieren
und alle in mein Fach einschlagenden Artikel. Prompte und
reelle Bedienung zugesichert.

Karl Wieland
Polsterer u. Tapeziermstr., Wildberg
im Hause Fr. Gasse d. Schloß (früher Busch in Vohr, Flüchtling).

Achtung! Hausfrauen!

Im Gasthaus „Löwen“ werden Donnerstag und Freitag
Lumpen

aufgekauft. Gewöhnliche Hauslumpen das Rgr. zu 40 Pfg.,
gestricke wollene das Rgr. zu 6.- M. 2348

Fußleidende

tragen zu ihrer vollsten Zufriedenheit gegen Platt-, Schmach-
and Hohlfüße, große Müdigkeit u. l. m. meine Fußpfleger.
Das Beste was auf diesem Gebiete existiert. 65 m

W. Zeller, Spezialist für Fußpflege,
Behandlung von Beinsgeschwüren.

Am Samstag, den 6. Dez. in Nagold im „Waldborn“ von 11-1/4 Uhr mit Wasser anwesend.

**Milit.- u. Vetr.-
Verein Nagold**

Die kriegsbeschädigten Pen-
sionempfänger des Vereins
werden gebeten, sich wegen
Zigaretten und Zigarren-Zu-
weisung sof. bei mir zu melden.
Ziegler, B.-Wachmstr.
2362 V.-Vorstand.

Ein oder zwei ineinander-
gehende heizbare 2356

**möblierte
Zimmer**

mit 2 Betten
mit oder ohne Pension
für sofort gesucht.

Angebote unter C. 2356
an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Notiz-
Kalender
Geschäfts-
Lagebücher**

für
1920

sowie immerwährende
Kalender in großer Aus-
wahl vorrätig bei
G. W. ZAISER
Buchhandlung, Nagold.

Bettmöbel

Befreiung sofort.
Alter und Geschlecht angeben.
— Auskunft kostenlos. —
40 h Wildberger & Co.
Stuttgart. A 657.

Aussiedleradressen
bei G. W. Zaiser, Nagold.

Spiritusmarken

für Bezugsberechtigte sind
eingetroffen. 2364
Nagold, 2. 12. 19.
Stadtschulth.-Amt.

Gefunden

wurde eine
Herren-Uhr
in Wildberg.
Ansprüche sind zu machen an
Joh. Georg Walz, Rechenm.
Walldorf. 2349

**Für die Kirchen-
gemeinderatswahlen**

werden

Stimmzettel

rasch angefertigt
G. W. Zaiser
Buchdruckerei, Nagold.

**Bismarck-
Heringe
Tafelsenf**

kerzen

empfehlen
Fr. Schittenhelm.

**Einige
Kasserlehrlinge**

werden angenommen bei
Friedrich Renz
Kasser, Emmingen.

Vernecht

Einen 16-20 Jahre alten
Knecht

weicher mit Herden umgehen
kann, sucht sofort oder in 14
Tagen. 2340

**Karl Weik
Kundenmühle.**

Schreiner!

Für allereinfachste Eichen
roh, innen buchen-furnierte
Möbel

ohne Käufer bezahle ich u. be-
stelle jedes lieferbare Quantum
bei prompt. Bezahlung:
Bettstellen, Paar 425 M.
Waschkommode 200 M.
Nachtische, Paar 200 M.
Schränk, 180 breit,
ohne Schubk. 600 M.
Beschläge sowie ein Teil
des Leims können eventl.
geliefert werden.

Bei Anträgen wird um
Angabe ersucht, welcher Artikel
und wieviel monatlich gelie-
fert werden.

Angebote unter „Krieger-
möbel“ Nr. 2224 an die Ge-
schäftsstelle des Gefellsh.

2355 Mindersbach, 2. Dez. 1919.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die schmerzliche
Nachricht, daß unsere liebe gute Gattin, Mutter,
Tochter und Schwester

Berta Jehle

nach langem schwerem Leiden im Alter von 27 Jahren
heute früh 8 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
der Gatte:

**Johann Jehle, Schmied
und Kinder**
die Eltern:

Familie Friedrich Rodenbach, Küfer.

Beerdigung: Donnerstag 4. Dez. mittags 1/2 Uhr.

Wir empfehlen:

Sultaninen, Korinthen, Mandeln,
Feigen, ganzen und gem. Zimmt, Nelken,
Muskatnüsse, Pfeffer, Modegewürz.

Ferner:

Reis, chilen. Honig, Bohnenkaffee,
chin. Tee, Kakao, Schokolade,
feinstes Salatöl (Brünnöl),
la. Auslands-Waschseife, Toilettenseife.

Löwen-Drogerie

Gedr. Benz 2359
Nagold, Telefon 122.

Seidenstoffe

alle Webarten und Farben
Eolenne, Gabardine, Crep de Chin, Messaline,
Taffel, Merveilleux Halb- und Vollvolle etc.
Kostümstoffe, rein wollen, prachtvolle Qualitäten.
Kleiderstoffe in halb- und reinwollen.
Jackettfutter in seiden und baumwolle.
Weiße Baumwolltuche, Baumwollflanelle.
Cattune, Voll, Monslin, Satin etc.
Schleierstoffe, auch für Vorhänge sehr geeignet.
Samtcord für Männer- und Knabenhosen.
Schwere Winterlodenjoppen, Sweateranzüge.
Trikothemden und Hosen für Frauen und Herren.

**Einsatzhemden, Gummihosenträger,
Wollene Strümpfe, Wolldecken.**

Philipp Bosch, Wildbad.

2263
Telefon 32
empfiehlt
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Bilderbücher

empfiehlt
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Nr. 282
Elen
Berlin,
am 2. Dezem
Sie hab
Heimlich
richtet, das
Schneid
verleben.
Ganz al
frage nur
trag form
lung mit
auf den
Jede Abwe
Vertrags
hauptung,
vorgänge
nicht stand.
Ihre R
am 29. Aug
Kohlenlie
Rote Kreuz
Rammheim
der früher
übernomme
gründung,
Verpflichtu
leit der Gef
vom 29. Au
nicht gegen
Entschluß
des Frieden
langenen u
dungen ü
geantien Ro
Lösung dabr
rung der P
nicht zwisch
Regierung
gegangen
humanitäre
heit der vor
Die G
Heimlich
wollenden
und das be
dem Waff
rung des
Gemäß
die Heimlich
lang durch
land, Amer
Wieder
die Heimlich
erfüllung u
am des W
Das E
heit der M
sind hier
Durch
Regierung
vom 11. V
nommen
von den V
sehen sind,
densvertra
sichern. T
Zurückhalt
dient sich
an die V
Monat Au
bis zu En
auf die Be
Verpflichtu
Die E
in der Hei
und schlag
ten vom 1
die deutsch
der zur M
missionen
Ankunft u
das Datum
mofenen
schleucht
Die d
Kriegsgefa
Reinigung
Frankreich
erwiesen,
legung des
beimächti

